Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Ifa-Kundgebung am Mittwoch im Keglerheim ★

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[nale] … [Sa]chsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund [um den] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[…]

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (ausschließend an den dreispaltigen Teil einer Tageszeile) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 | Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. | Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft … Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 … Postscheckkonto: Dresden 18 … Sprechstunden: Montags 16–18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17–18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18–19 Uhr juristische Sprechstunde

7. Jahrgang — Dresden, Montag den 22. Juni 1931 — Nummer 119

Nazi-Ueberfälle in Sachsen und im Reiche

Säureanschlag auf Jungarbeiter / Sportgenosse Seifert, Freiberg, niedergestochen / Zusammenstöße und Abwehr der Nazibanditen

Dresden, 22. Juni.

Gestern veranstaltete der Dresdner Kommunistische Jugendverband eine revolutionäre Propagandafahrt nach Königstein. Die Beteiligung war so stark, daß statt eines Dampfers drei Dampfer gemietet werden mußten. In Königstein fand eine glänzende Kundgebung statt, auf der der Führer der sächsischen Komsomolzen, Genosse Walther, und die kommunistische Landtagsabgeordnete Grete Groh sprachen. Als nach der Kundgebung die Jugendgenossen in zahlreichen Trupps zur Hausagitation ausrückten, kam es zu Zusammenstößen mit Faschisten, die einen Jungarbeiter blutig schlugen. Dieser Ueberfall wurde jedoch abgewehrt, wobei vier Nazis verletzt wurden. Nach der glänzend gelungenen Propagandaarbeit wurde die Rückfahrt angetreten. Dabei erfolgte abermals ein faschistischer Ueberfall. Kurz vor der Einfahrt in Dresden wurde von der Carolabrücke **eine mit ätzender Säure gefüllte Flasche** auf den Dampfer geschleudert, die jedoch glücklicherweise so fiel, daß sie keinen Schaden anrichtete. Die Empörung der Jungarbeiter und die Erregung der am Ufer stehenden Massen, die den Vorgang beobachtet hatten, rief die Polizei auf den Plan, die jedoch angesichts des unleugbaren faschistischen Ueberfalls nicht gegen die Arbeiter vorzugehen wagte. Weder Salzsäure, noch der Terror bewaffneter Banden wird den Vormarsch der Komsomol auch in Sachsen aufzuhalten vermögen. Das zeigte der gesamte Verlauf der roten Jugendfahrt nach Königstein.

Freiberg, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag gegen 0.30 Uhr haben die Nazis Arbeitersportler überfallen und mit schweren Gegenständen geschlagen. Der Arbeitersportler **Herbert Seifert** wurde mit einem Dolch in den Rück gestochen und am Kopf verwundet. Er mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Näherer Bericht folgt morgen.

Wie wir bei Redaktionsschluß erfahren, ist der Zustand des Genossen besorgniserregend, sodaß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Heraus zur **Protestdemonstration am Dienstag dem 23. Juni** 20 Uhr im **Ballhaus Union! Stellen zur Demonstration 18 Uhr** auf dem Rohplatz. (Vorbehalten der Genehmigung.)

Chemnitz, 21. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonnabend gegen 5 Uhr wurde der Postschaffner Paul Münzich auf dem Wege zur Arbeit vor der Gerichtsschänke von Nazis überfallen, niedergeschlagen und gestochen. Die Nazis, die die ganze Nacht in dem genannten Lokale gezecht und durch ihren Lärm den vorübergehenden Postschaffner an das Fenster der Gaststube gelockt hatten, wollten sich durch diesen **brutalen Ueberfall an dem unfreiwilligen Zeugen ihres wüsten Zechgelages rächen.** Auf der Polizeiwache wurde der verwundete Postschaffner von den Nazis weiter bedroht!

Danzig, 22. Juni.

Nach einer Sonnenwendfeier kam es zwischen Nazis und sozialdemokratischen Arbeitern zu blutigen Zusammenstößen. Es wurde auch geschossen. 7 Arbeiter wurden verletzt. Kommunistische Arbeiter kamen ihren sozialdemokratischen Klassenbrüdern zu Hilfe und gemeinsam wurden die Nazibanditen abgewehrt. Vier Nazis wurden schwer verletzt.

Neiße, 21. Juni.

Von ihrem Parteilokal aus unternahmen Nazis einen Ueberfall auf vorübergehende Arbeiter. Diese setzten sich zur Wehr. Die Nazis schossen mit Revolvern. Im Verlauf des Zusammenstoßes wurde ein Nazi von einer Nazi-Kugel getroffen und getötet.

Düsseldorf, 22. Juni.

Bei einem Zusammenstoß wurde ein Nazi, der einen Arbeiter angefallen hatte, verletzt.

Berlin, 22. Juni (Eig. Drahtmeldung)

In der Nähe von Schmöckwitz bei Berlin wurde eine Gruppe heimwärts wandernder Arbeitersportler plötzlich aus dem Hinterhalt überfallen. Mit Knüppeln und Dolchen fielen Nazis über die Arbeitersportler her, die sich aber sofort zur Wehr setzten. Es kam zu einer schweren Schlacht. Die Nazis, die einen solch erbitterten Widerstand nicht erwartet hatten, mußten schließlich flüchten. 4 Nazis sollen in das Köpenicker Krankenhaus eingeliefert worden sein.

Negersteuer in Dresden auf 450 Prozent!

Heute Behandlung bei gesperrten Tribünen / SPD-Dölitzsch als Haupteinpeitscher

Dresden, 22. Juni.

Im Dresdner Rathaus wird heute der letzte Abschnitt des Haushaltplanes 1931/32, und zwar die Erhöhung der Bürgersteuer auf 450 Prozent beraten. Sie bedeutet, daß jeder Werktätige, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Mittelständler für sich und seine Frau etwa 40 Mark an Negersteuer pro Jahr bezahlen soll.

Wie im Kampfe gegen die Notverordnung Brünings und gegen die Kürzung des Fürsorgegeldes um 6½ Millionen in Dresden, so ist auch im Kampfe gegen die ungeheuerliche Erhöhung der Negersteuer in Dresden die KPD die einzige Partei, die die Interessen der Volksmassen vertritt. Bekanntlich hat die SPD im Gesamtrat in der Schlußabstimmung gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien für die Negersteuererhöhung und für den Abbau des Fürsorgegeldes gestimmt. Wenn jetzt die SPD ebenso wie die Nazis demagogisch anders stimmen, so nur, weil sie auf die diktatorische Entscheidung der Gemeindekammer rechnen. Das wahre Gesicht der bürgerlichen Parteien einschließlich SPD zeigte sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung, wo die Kommunisten mundtot gemacht wurden und Polizeisäbel gegen Tribünenbesucher und Erwerbslose in Aktion gesetzt wurden. Jetzt ist unter entscheidender Mitwirkung von SPD-Dölitzsch die Tribüne, außer für Inhaber besonderer Einlaßkarten, gesperrt. Das Wort haben die Massen! Faßt Protestbeschlüsse in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in Büros und öffentlichen Versammlungen! Nehmt Stellung für den Streikkampf gegen Lohnraub und für eure Forderungen!

Metallarbeiterstreik bei Jahns, Leipzig

Die Arbeiter der Eisengießerei Jahn in Leipzig traten gegen den frechen Lohnraub, den die DMV-Bürokratie mit den Metallindustriellen vereinbarten, geschlossen in den Streik. Einem Kollegen sollte durch Versetzung noch mehr Lohn abgezogen werden. Durch den Streik, der 20 Minuten dauerte, wurde die Firma gezwungen, mit der Betriebsvertretung zu verhandeln über die Forderung der Arbeiter, daß der mit den Bonzen vereinbarte Lohnraub von 5 Pfennig nicht durchgeführt wird.

Dieser Streik der Metallarbeiter von Jahn ist beispielgebend für die sächsischen Metallarbeiter und verdient Nachahmung in allen Betrieben. **Die Firma wurde gezwungen, über die Beseitigung des mit der DMV-Bürokratie geschlossenen Lohnraubpaktes zu verhandeln.** Jetzt heißt es in allen Metallbetrieben nachstoßen. Nicht locker lassen, **Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub in der sächsischen Metallindustrie unter Führung der RGO!** Gegen eine solche einheitliche Kampffront aller Metallarbeiter, die der Solidarität aller Erwerbslosen, aller Arbeiter und Angestellten der übrigen Industriegruppen gewiß sind, ist die Durchsetzung des schändlichen Lohnraubes unmöglich. **Duldet keinen Pfennig Lohnraub und antwortet den Ausbeutern in jedem Fall mit sofortigem Streik unter Führung der RGO!**

5 Prozent Lohnraub an Zuckerarbeitern

Den Arbeitern der Zuckerfabriken wurde durch den Spruch des Bezirksschlichtungsausschusses 5 Pfennig von ihrem Lohn gekürzt. Der Lohntarif soll bis 30. April 1932 Geltung haben.

*

Für die Süßwarenindustrie haben die Gewerkschaftsbürokraten den Lohntarif mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist verlängert. Welche Aenderungen konkret erfolgten, wird den Arbeitern verschwiegen.

Hoovers goldene Faust

Der amerikanische Präsident Hoover gab eine Erklärung ab, wonach Amerika einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden und Reparationen den Regierungen vorschlage.

Die deutsche Bourgeoispresse einschließlich der SPD-Blätter sieht wieder einmal beglückt die Dollarsonne über Deutschland aufsteigen. Aber die „seligen Zeiten", als aus dem Tresor der Wallstreet durch den Kanal des Dawesplanes ein goldener Strom sich über Deutschland ergoß, sind unwiederbringlich vergangen. Der bittere Wermut der Ausweglosigkeit und des Zweifels mischt sich in den Wein der Hoffnung und der Selbsttäuschung. Man hat selbst den Glauben an Wunder verloren, aber um so eifriger bemüht man sich, dem werktätigen Volk die Fata morgana eines Auswegs aus dem Elend, neuerer Aufstiegsmöglichkeiten vorzugaukeln.

Was ist geschehen? Was gibt aber bürgerlichen Blättern Anlaß zu ihrem dreispaltigen Freudentaumel? —

Der Präsident der Vereinigten Staaten, **Hoover**, hat am Freitagabend nach mehrtägigen Verhandlungen mit führenden Finanzsachverständigen und prominenten politischen Führern die amtliche Erklärung abgegeben, daß er sich zu Maßnahmen entschlossen habe, die eine wirtschaftliche Wiederaufrichtung Amerikas und der übrigen Länder und insbesondere eine wirtschaftliche und politische **Konsolidierung Deutschlands** herbeiführen sollen. Also ein neuer Plan zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, eine neue Kur an dem vom Youngfieber geschüttelten „kranken Mann" im Zentrum Europas.

Außer der ganz allgemein gehaltenen Erklärung Hoovers, die keinerlei konkrete Mitteilungen enthält, liegen nur einige amerikanische Pressestimmen mit mehr oder wenigr widerspruchsvollen Vermutungen vor. Nach einer Reutermeldung aus Washington sollen 2 Vorschläge zur Erwägung stehen: 1. ein einjähriges **Moratorium** (Zahlungsaufschub) für die englischen und französischen Schulden an Amerika unter der Bedingung, daß für dieselbe Zeit die deutschen Reparationsschulden gestundet werden, 2. die Umwandlung der kurzfristigen Amerika-Kredite Deutschlands in langfristige mit Hilfe eines von den Federal-Reserve-Banken zu begebenden **Bereitschaftskredits** an Deutschland in Höhe von etwa 300 Millionen Dollar.

Ein Teil der deutschen Presse gibt sich über den problematischen Charakter des amerikanischen Vorstoßes keinen Illusionen hin. So spricht die „Vossische Zeitung" skeptisch von „erfreulichen Anzeichen für die nächste Zukunft, aber vorläufig noch nicht mehr", und auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung" äußert ihre Zweifel. Aber ungeachtet dessen ist das aktive Eingreifen Amerikas in Europa in diesem Augenblick ein Schritt von großer politischer Bedeutung.

Was ist der Sinn der Hoover-Aktion und welches sind die Ursachen?

Den Schlüssel zur Lösung dieser Frage gibt die Analyse der Lage in Deutschland, der Krise des Youngsystems und der Weltkrise des Kapitalismus in der gegenwärtigen Phase. Im Mittelpunkt der Weltpolitik des Kapitalismus steht heute wieder einmal wie in den Jahren 1923/24 das kapitalistische **Deutschland**. Damals wurde uns der **Dawesplan** beschert, der ein Damm sein sollte, um die revolutionäre Welle, die von Deutschland aus den europäischen Kontinent zu überfluten drohte, zum Stehen zu bringen. Heute ist die Lage in Deutschland und in den anderen kapitalistischen Ländern eine ganz andere als im Jahre 1923. Heute windet sich die ganze kapitalistische Welt in der Umklammerung der Krise. Das kapitalistische Deutschland, an allen Gliedern gefesselt, erstickt unter der Wucht der Krise und der Last der Tribute. Die Welt steht am Vorabend gewaltiger revolutionärer Erschütterungen. In Deutschland wachsen die Voraussetzungen der revolutionären Krise in beschleunigtem Tempo.

Die Angst um das Schicksal des kapitalistischen Systems bedrückt wie ein bleierner Nebel die Gemüter der Industrieherren und Bankmagnaten. Die bedrohliche Zuspitzung des Klassen-

Die „Freiheit" verboten!

Düsseldorf, 20. Juni.

Die Düsseldorfer „Freiheit", Organ der KPD, ist auf die Dauer von 2 Wochen verboten worden. Begründet wird das Verbot mit einem Artikel aus Anlaß des Besuches Brünings in Düsseldorf.

Die Antwort auf die Verbote der KPD-Presse muß sein: hundertfach verstärkte Werbung für die Arbeiterstimme, das Organ der Volksmassen, in den **Betrieben** und **Wohnungen** **(Großwerbetag kommenden Sonntag den 28. Juni!)** und verstärkte Werbung auch für die **ab 1. August erscheinende Wochenausgabe der KPD-Presse in Sachsen!**